



**Universität
Zürich** UZH

Rechtswissenschaftliches Institut

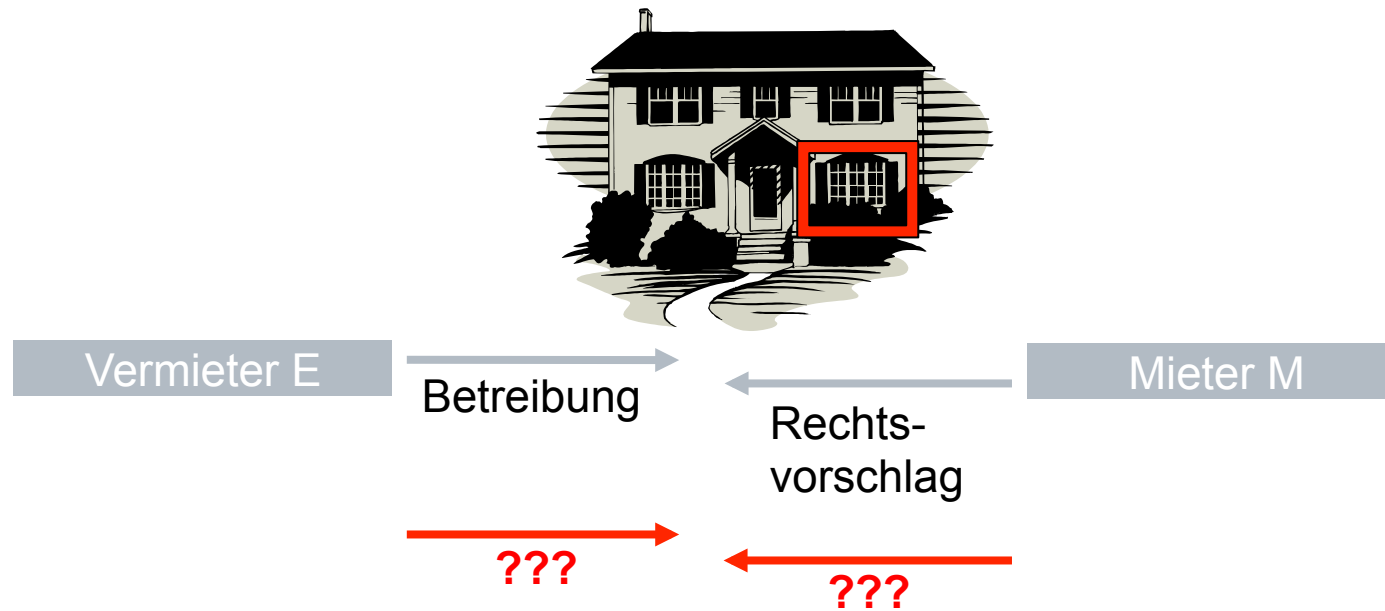
Übungen ZVR HS 2012

Fall 12 –

Klagen betreffend die betriebene Forderung und Rechtsöffnung

RA lic. iur. Philipp Weber

Übersicht Sachverhalt (Teil a)



Forderungen aus Mietverhältnis:

- Mietzinse brutto Sept.+Okt. 2012 total CHF 5'500.– ≠ keine bzw. ungenügende Heizung
- Nachzahlung Nebenkosten 2011 CHF 750.– ≠ übrissen und nicht ausgewiesen

Variante:

- kein Rechtsvorschlag von M
- gem. Bankunterlagen Bezahlung Mietzinse Sept.+Okt. 2012

Provisorische Rechtsöffnung (SchKG 82)

Provisorischer Rechtsöffnungstitel i.S.v. SchKG 82 I

Schuldanererkennung i.S.v. SchKG 82 I:

- schriftliche Willenserklärung des Schuldners/Betriebenen
- **bestimmter oder leicht bestimmbarer Geldbetrag**
- bedingungs- und vorbehaltlose Verpflichtung
 - (- privatrechtliche Forderung)
 - (- keine Nichtigkeit)

Öffentliche Urkunde oder eigenhändige Unterschrift des Schuldners/ Betriebenen

Fälligkeit der Forderung

Identität mit der im Zahlungsbefehl genannten Forderung

Keine Einwendungen des Schuldners i.S.v. SchKG 82 II

Beispiele:

(abstrakte) Schuldbekennnisse i.S.v. OR 17

Zweiseitige Verträge (Kauf, Miete/Pacht, Darlehen/Kredit, Auftrag etc.)

*Betriebsrechtliche Ausfallbescheinigungen: Pfändungsverlustschein,
Pfandausfallschein, Konkursverlustschein (wenn Forderung anerkannt)*

Provisorische Rechtsöffnung (SchKG 82)

Sog. Basler Rechtsöffnungspraxis

Vollkommen zweiseitige Verträge als provisorische Rechtsöffnungstitel i.S.v. SchKG 82 II

Provisorische Rechtsöffnung, wenn:

- Vorleistungspflicht des Schuldners; oder
- keine **Behauptung** der Einrede der Nichterfüllung bzw. der nicht gehörigen Erfüllung der Gegenleistung

= Einrede der Nichterfüllung bzw. nicht gehörigen Erfüllung muss lediglich behauptet werden (nicht Glaubhaftmachung)

(Herstellung prozessualen Gleichgewichts; aber: Erfüllung allfälliger Rügeobliegenheit ist glaubhaft zu machen)

aber: dennoch provisorische Rechtsöffnung, wenn:

- Behauptung ist offensichtlich haltlos; oder
- Behauptung wird vom Gläubiger sofort mittels Urkunden liquide widerlegt.

(Nur bei vollkommen zweiseitigen Verträgen, nur bei provisorischer Rechtsöffnung und nur bei Einrede der Nichterfüllung bzw. [ev. strittig] nicht gehöriger Erfüllung)

Provisorische Rechtsöffnung (SchKG 82)



„Unter provisorischer Rechtsöffnung versteht man den gerichtlichen Entscheid, der aufgrund einer schriftlichen Schuldanerkennung die Wirkung des Rechtsvorschlages bloss bedingt aufhebt, indem er noch die Nachprüfung des materiellen Bestandes der Forderung durch den ordentlichen Richter vorbehält.“ (BGer 5P.196/2005)

Rechtsöffnungstitel i.S.v. SchKG 82 I

**Zwingender Gerichtsstand am Betreuungsort (SchKG 84 I)
(gem. BGer auch im internationalen Verhältnis, BGE 136 III 566)**

Summarisches Verfahren (ZPO 251 lit. a, ZPO 256 I: Möglichkeit zu schriftlichem Verfahren); Urkundenbeweis

Frist: solange Fortsetzungsbegehren gem. SchKG 88 I möglich

Beschränkte Untersuchungsmaxime

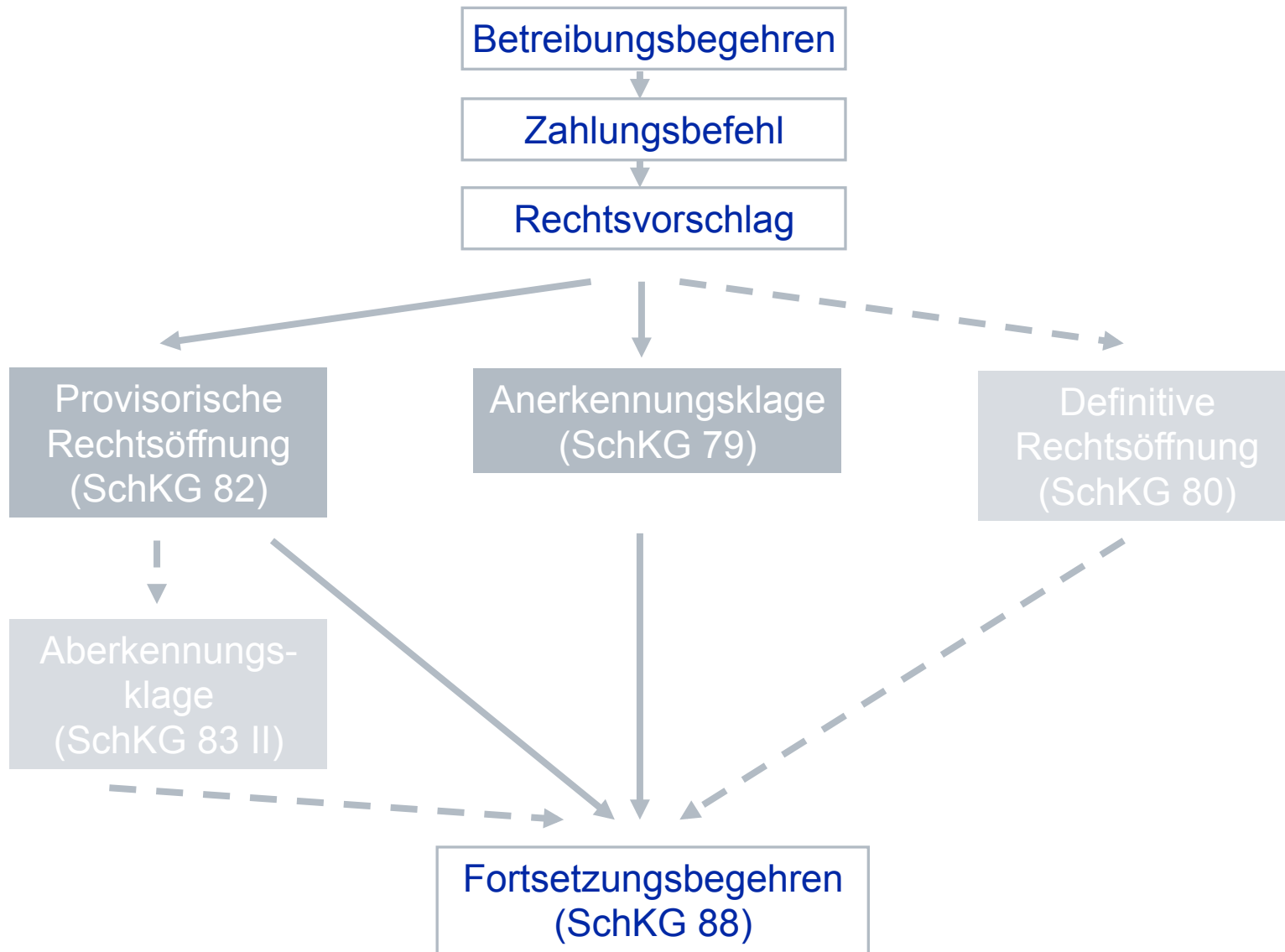
Rechtsmittel

Beschwerde (ZPO 319 ff. i.V.m. 309);

Beschwerde in Zivilsachen/subsidiäre Verfassungsbeschwerde an BGer

betreibungsrechtliche Klage mit rein betreibungsrechtlicher Wirkung

Beseitigung Rechtsvorschlag



Anerkennungsklage (SchKG 79)



Leistungsklage

Ordentlicher Gerichtsstand

Verfahren: gem. allgemeiner Ordnung (ordentlich/vereinfacht)
aber: Möglichkeit der Anerkennungsklage in der Form des
Rechtsschutzes in klaren Fällen gemäss Art. 257 ZPO =
summarisches Verfahren

Frist: solange Fortsetzungsbegehren gem. SchKG 88 I möglich
(nach Ablauf: „normale“ ordentliche Klage)
sowie allgemeine Verjährungsfristen

materiellrechtliche Klage (auch wenn in Form des Rechtsschutzes in klaren
Fällen),
aber: Besonderheit der gleichzeitigen Beseitigung des Rechtsvorschlages

Rechtsmittel: gem. allgemeiner Rechtsmittelordnung

Aberkennungsklage (SchKG 83 II)



Negative Feststellungsklage

kein besonderes Feststellungsinteresse notwendig

**Ausschliesslicher, nicht zwingender Gerichtsstand am Betreibungsort
(SchKG 83 II)**

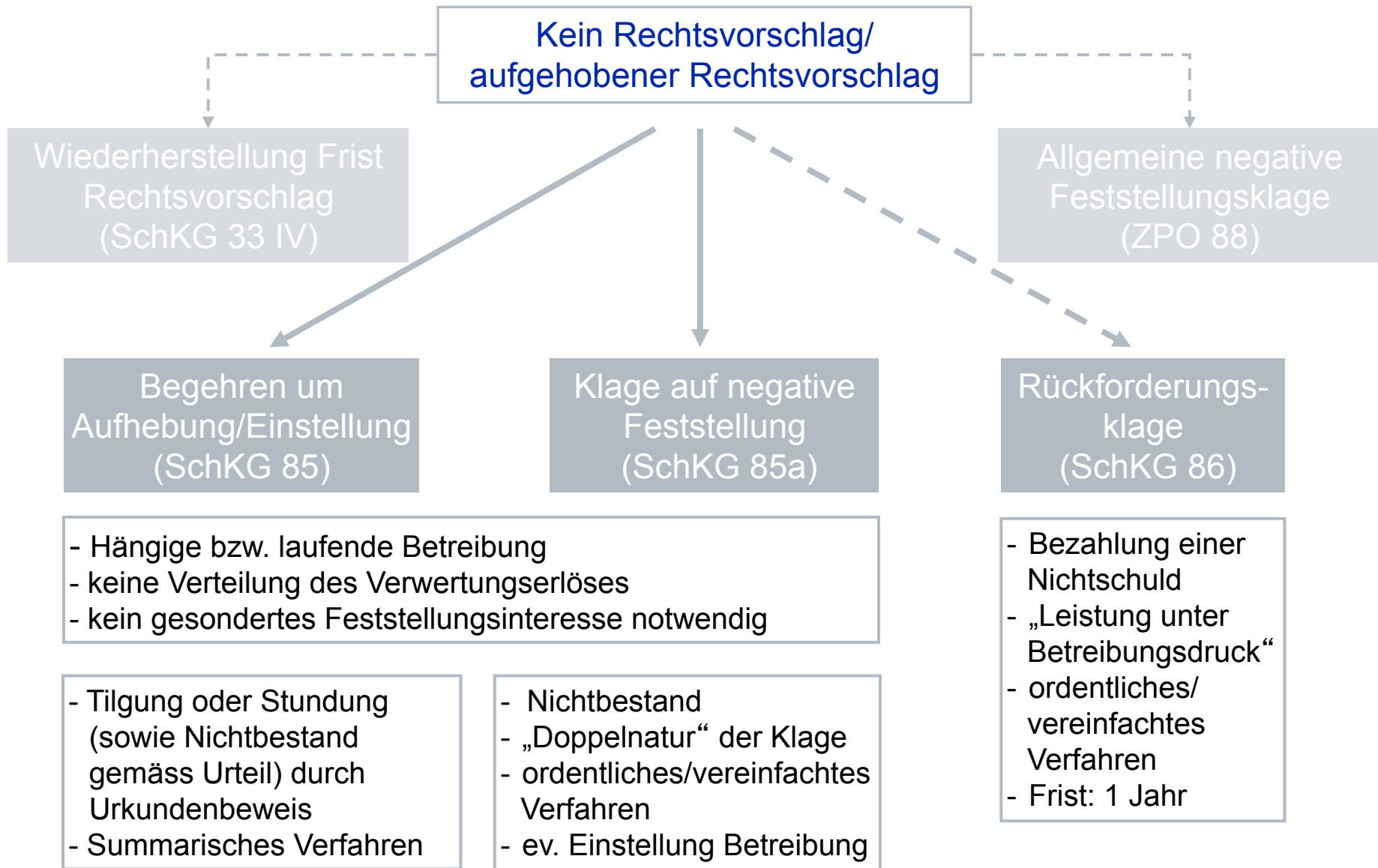
**Verfahren: gem. allgemeiner Ordnung (ordentlich/vereinfacht)
kein Schlichtungsverfahren (ZPO 198 lit. e Ziff. 1)**

Frist: innert 20 Tagen nach Erteilung der Rechtsöffnung

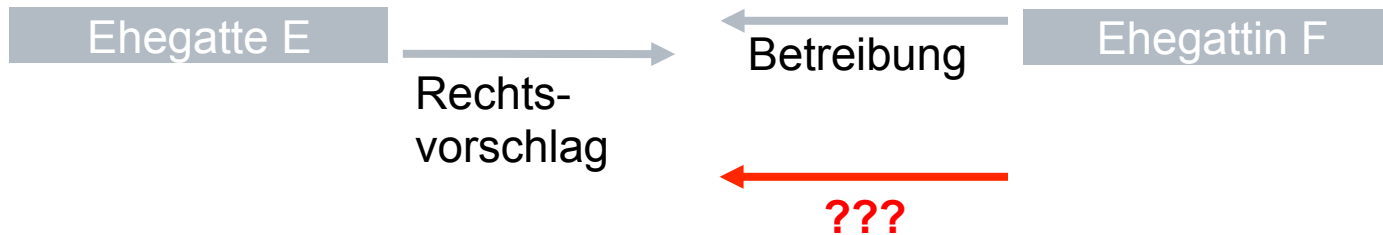
**materiellrechtliche Klage (nicht „Aufhebung der provisorischen Rechtsöffnung“)
aber: bei Gutheissung Einstellung und Wegfall der Betreibung,
bei Abweisung wird provisorische Rechtsöffnung definitiv**

Rechtsmittel: gem. allgemeiner Rechtsmittelordnung

Rechtsschutzmöglichkeiten des Schuldners



Übersicht Sachverhalt (Teil b)



Forderung Unterhaltsbeiträge:

Anrechnung Bezahlung total CHF 10'000.-- ≠ Monate März 2010 – Februar 2011 total CHF 12'000.–

Variante: Genehmigte Vereinbarung, wonach E monatliche Unterhaltsbeiträge von CHF 1'000.– schuldet

Forderung Unterhaltsbeiträge:
seit August 2012

Erhöhung Beschäftigungsgrad von F ≠
Telefonische Vereinbarung mit F ≠

Definitive Rechtsöffnung (SchKG 80)

Definitiver Rechtsöffnungstitel i.S.v. SchKG 80

Vollstreckbarer gerichtlicher Entscheid i.S.v. SchKG 80 I:

- Entscheide schweizerischer Gerichte:
Zivilgerichte, aber auch Straf- und Verwaltungsgerichte
- Entscheide ausländischer Gerichte, soweit vollstreckbar
- Entscheide von nationalen und internationalen Schiedsgerichten, soweit in der Schweiz vollstreckbar

Gerichtlichen Entscheiden gleichgestellte Urkunden i.S.v. SchKG 80 II:

- sog. Entscheidsurrogate:
= gerichtliche Vergleiche (gem. ZPO 208 II auch Vergleich vor Schlichtungsbehörde), Klageanerkennungen etc.
- vollstreckbare öffentliche Urkunde gem. Art. 347 ff. ZPO
- Verfügungen schweizerischer Verwaltungsbehörden
- Entscheide der Kontrollorgane, die in Anwendung von Art. 16 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 17. Juni 2005 gegen die Schwarzarbeit getroffen werden und die Kontrollkosten zum Inhalt haben

„Drei Identitäten“:

1. Verpflichteter = Betriebener
2. Berechtigter = Betreibender
3. Inhalt Entscheid = Zahlungsbefehl

Bestimmtheit des Forderungsbetrags (primär aus Entscheid oder Begründung)

Definitive Rechtsöffnung (SchKG 80)

Einwendungen des Schuldners i.S.v. SchKG 81

- 1. Tilgung, Stundung oder Verjährung (Abs. 1):**
= nur wenn nach Urteil erfolgt/eingetreten
 - Tilgung: Zahlung, Verrechnung, Erlass, sonstiger Untergang
 - Stundung
 - Verjährung (kein Urkundenbeweis notwendig)
 - 2. Einwendungen gegen vollstreckbare öffentliche Urkunden (Abs. 2):**
 - Einwendungen gemäss Abs. 1
 - weitere Einwendungen, sofern sofort beweisbar, insb. Leistungspflicht (und stets ausnahmsweise nachträgliche Möglichkeit der gerichtlichen Beurteilung gem. ZPO 352: neg. Feststellungsklage gem. Art. 85a SchKG, allg. neg. Feststellungsklage nach ZPO 88 oder Rückforderungsklage gem. Art. 86 SchKG)
 - 3. Einwendungen gegen ausländische Entscheide (Abs. 3):**
 - Einwendungen gemäss Abs. 1
 - weitere Einwendungen gemäss Staatsverträgen/IPRG, sofern nicht bereits durch ein Schweizer Gericht entschieden (Exequaturentscheid)
- ➔ Einwendungen müssen grundsätzlich durch Urkunden bewiesen werden, nicht nur glaubhaft gemacht werden!**

Definitive Rechtsöffnung (SchKG 80)



„Unter definitiver Rechtsöffnung ist der richterliche Entscheid zu verstehen, der aufgrund eines vollstreckbaren Entscheids oder eines gleichwertigen anderen vollstreckbaren Titels [...] die Wirkung des Rechtsvorschlages gegen den Zahlungsbefehl endgültig beseitigt.“ (Amonn/Walther, § 19 Rz 31)

Rechtsöffnungstitel i.S.v. SchKG 80 I

Zwingender Gerichtsstand am Betreibungsort (SchKG 84 I)

Summarisches Verfahren (ZPO 251 lit. a); Urkundenbeweis

Frist: solange Fortsetzungsbegehren gem. SchKG 88 I möglich

Beschränkte Untersuchungsmaxime

Rechtsmittel

Beschwerde (ZPO 319 ff. i.V.m. 309);

Beschwerde in Zivilsachen/subsidiäre Verfassungsbeschwerde an BGer

betreibungsrechtliche Klage mit rein betreibungsrechtlicher Wirkung